

## **Anfrage**

der Abgeordneten Eva Glawischnig-Piesczek, Freundinnen und Freunde an den Bundeskanzler

betreffend einheitlicher Position der österreichischen Bundesregierung zu den Verhandlungen der Europäischen Union mit den USA über den Abschluss eines Freihandelsabkommens

### **BEGRÜNDUNG**

Zum derzeit verhandelten EU-USA-Handelsabkommen (TTIP) hat die österreichische Bundesregierung zur Frage der Notwendigkeit außergerichtlicher Schiedsgerichtsverfahrens alles andere als eine klare Linie.

In der Kronenzeitung vom 27.3.2014, S 14/15 werden Sie, Herr Bundeskanzler, wie folgt zitiert: *"Spezielle Investitionsschutzvorschriften sind nicht erforderlich. Die EU und die USA haben einen sehr guten Rechtsschutz. Schiedsgerichte sind nicht dazu da, um über die Hintertür soziale und umweltpolitische Standards auszuhöhlen."*

Demgegenüber hält das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres in einer Sprechnotiz anlässlich des Besuchs des US-Chefunterhändler zu TTIP Dan Mullaney vom 19.3.2014 fest: *„Im Zentrum der Kontroverse (Anm. um das TTIP) steht die Frage, ob ein Schiedsgerichtsverfahren vorgesehen werden soll, das Investoren es ermöglicht, Staaten außerhalb von staatlichen Gerichten zu klagen (sog. „ISDS-Verfahren“). Solche Bestimmungen sind standardmäßig Teil von Investitionsschutzabkommen einschließlich jener, die von Österreich mit anderen Staaten abgeschlossen wurden. Dementsprechend steht Österreich solchen Bestimmungen auch im TTIP positiv gegenüber.“*

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgende

### **ANFRAGE**

- 1) Handelt es sich bei Ihrer Aussage in der Kronenzeitung um die offizielle Regierungs- bzw. Verhandlungsposition Österreichs zu ISDS?
  - a. Wenn ja, wieso lautet die durch das BMeiA vertretene Position Österreichs eine Woche früher noch gegenteilig?
  - b. Wenn nein, wie werden Sie sicherstellen, dass diese Position zur Verhandlungsposition von Österreich wird?

- 2) Wenn ISDS, also eine Schiedsklausel für Sonderklagerechte für Konzerne vor Schiedsgerichten, Teil des Verhandlungsergebnisses zwischen der EU und den USA ist, wird Österreich dann im Rat gegen dieses Abkommen stimmen?
- 3) Werden Sie sich an der Konsultation der Europäischen Kommission zu ISDS beteiligen?
- a. Wenn ja, mit welcher Position?
  - b. Wenn nein, wieso nicht?

Euroflor R. Müller/Schulz  
Glen  
P. S. 1